

**(Abgeordneter Schulze.)**

(A) beamten, denen nicht wirksam geholfen wird in ihrer wirtschaftlichen Sicherstellung, in ihrem Diensteifer und in ihrem Willen, ihre ganze Kraft in den Dienst der Behörde zu stellen, jetzt nicht erlahmen.

Wir verlangen nicht die Übernahme aller Teuerungszulagen der Gemeindebeamten auf den Staat, auch nicht durchgängig eine Übernahme in dem Verhältnis, wie es bisher bei den Lehrern geschehen ist und wie es auch die Petition der Lausitzer Gemeinden, von der ich schon sprach, erstrebt. Wir wünschen aber, daß der Staat wenigstens ins Auge faßt, Beihilfen an besonders leistungsschwache Gemeinden zu gewähren. Wenn das geschieht, dann werden die Gemeinden auch in der Lage sein, mehr als bisher auch ihren Arbeitern gegenüber diejenigen Teuerungszulagen zu gewähren, die den Arbeitern im Staatsdienste gewährt werden. Auch in dieser Beziehung bestehen sehr große Rückstände. Die Arbeiter in den Gemeinden sind bei weitem noch nicht überall so gestellt, wie die Arbeiter im Staate, sie bekommen bei weitem noch nicht überall dieselben Teuerungszulagen, wie es im Staatsdienste und bei den übrigen Beamtenkategorien der Fall ist.

(B) Auch die Schulhausmänner beklagen sich lebhaft darüber, daß ihnen in vielen Fällen die Teuerungszulagen nicht in dem Maße gewährt werden, wie das bei den anderen Unterbeamten des Staates der Fall ist und wie es auch bei den Lehrern der Fall ist. Bei den Schulhausmännern sind sich die beteiligten Gemeinden vielfach nicht darüber klar, ob der Schulhausmann ein Gemeindebeamter oder ein Schulgemeinbeamter sei, und die beiden Gemeinden liegen sich vielfach im Streite darüber, welche von ihnen die Lasten der Teuerungszulagen übernehmen soll.

Auch die höheren Lehrer an den höheren Gemeindegemeinschaften beklagen sich vielfach, daß sie heute noch nicht dieselben Teuerungszulagen bekommen, wie dies im Staatsdienste vorgeschrieben ist. Besonders ist das auch der Fall bei den Lehrern an den Handels- und Gewerbeschulen. Eine ganze Reihe von Handels- und Gewerbeschulen haben die letzte einmalige Teuerungszulage vom Dezember ihren Lehrern noch nicht bewilligt. Es wäre zu wünschen, daß das Ministerium des Innern auch in dieser Beziehung einen Druck auf diese Schulen ausübte und daß es auch hier mit besonderer Staatsbeihilfe eingriffe, um die Lehrer auch an diesen Schulen in die gleiche wirtschaftliche Lage zu versetzen, wie das bei den anderen Lehrern der Fall ist.

Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde sind sich dessen bewußt, daß die Erfüllung der in unserem Antrage ausgesprochenen Wünsche der Staatskasse neue

Lasten auferlegt. Aber wir dürfen dabei nicht außer acht lassen, daß die Lasten in der Hauptsache doch schon aufgebracht werden und daß es sich nur darum handelt, sie gerechter zu verteilen, sie auf breitere Schultern zu legen und gleichzeitig damit eine Menge von sozialen Härten, eine Menge von Unstimmigkeiten und Verstimmungen zwischen den Gemeindeleitungen und den Gemeindebürgern auf der einen Seite und den Lehrern und Gemeindebeamten auf der anderen Seite zu beseitigen. Der jetzige Zustand lastet auf Hunderten von Lehrer- und Gemeindebeamtenfamilien als ein schwerer Druck, der verbitternnd wirkt und der letzten Endes auch die Schul- und Amtsarbeit nachteilig beeinflusst und dessen Beseitigung nunmehr eine dringende Notwendigkeit geworden ist.

(Bravo! rechts.)

**Präsident:** Ich verkünde zunächst die Tagesordnung für morgen. Auf Wunsch vieler Abgeordneter beginnt die Sitzung morgen um 9 Uhr vormittags. Auf die Tagesordnung wird gesetzt:

Fortsetzung der allgemeinen Vorberatung über

1. den Antrag des Abgeordneten Arzt und Genossen auf Erlass eines Übergangsgesetzes für das Schulwesen (Drucksache Nr. 13),
2. den Antrag des Abgeordneten Bühring und Genossen auf sofortige Regelung der Beamten- und Lehrergehälter resp. der Teuerungszulagen (Drucksache Nr. 21),
3. den Antrag des Abgeordneten Schulze und Genossen, die Übernahme der Teuerungszulagen für die Lehrkräfte an den Volksschulen auf die Staatskasse usw. betreffend (Drucksache Nr. 26), und
4. den Antrag des Abgeordneten Claus und Genossen auf Einreihung der Volksschullehrer in die staatliche Besoldungsordnung und Abhilfe der Notlage der Junglehrer. (Drucksache Nr. 36.)
5. Besprechung der Interpellation des Abgeordneten Dr. Dietel wegen der Notlage der aus dem Heeresdienste zurückgekehrten Seminaristen. (Drucksache Nr. 38.)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Claus zur Begründung des Antrages, Drucksache Nr. 36.

**Abgeordneter Claus:** Meine Damen und Herren! Der Antrag der Demokratischen Fraktion lautet:

Die Kammer wolle beschließen:

die Regierung zu ersuchen,

1. unverzüglich die Volksschullehrer in die entsprechende Stelle der staatlichen Besoldungsordnung einzureihen, wie es bereits bei den Volksschullehrern in staatlichen Anstalten geschehen ist;